

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

21.11.1868 (No. 275)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 21. November.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
 Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
 Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

N. 275.

1868.

Telegramme.

München, 20. Nov. Der „Süddeutsche Telegraph“ erfährt aus bestimmtesten Quellen, daß die Seitens Oesterreichs Bayern gegenüber allerhöchster Erhebung Eigentumsansprüche auf einen Theil des unbeweglichen Inventars der süddeutschen Festungen mit Rücksicht auf den Prager Frieden und auf die Verhandlungen der Liquidationskommission von der bairischen Regierung abgelehnt wurden.

Berlin, 20. Nov. Abgeordnetenhaus. Zum Antrag Guérard (parlamentarische Redefreiheit) erklärt der Minister des Innern: Die Regierung stimmt trotz ihrer Bedenken, namentlich wegen der Befürchtung neuer Konflikte der unbeschränkten Redefreiheit zu, weil sie im Nordbunde gewährt ist. Sie hofft, die Schranken der Sitte werden die Schranken des Gesetzes ersetzen. (Beifall.)

Berlin, 20. Nov. Abgeordnetenhaus. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Guérard mit allen gegen etwa 20 Stimmen, der äußersten Rechten angehörig, angenommen.

Florenz, 19. Nov. Das Befinden Mazzini's ist bedeutend besser, Gefahr war auch überdies nie vorhanden und wurden deshalb keine fremden Aerzte berufen. — Die italienische Regierung hat a conto der übernommenen päpstlichen Staatsschuld 3 Millionen Franken an Frankreich bezahlt.

Neapel, 20. Nov. (Wagner's Tel. Korresp. Bureau). Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm von Baden kommen täglich nach Resina, um das merkwürdige Schauspiel der Eruption des Vesuvius in Augenschein zu nehmen.

Nizza, 19. Nov. Die Prinzen Karl und Friedrich Karl von Preußen werden für Anfang Dezember hier erwartet; dieselben werden den Winter hier zubringen.

London, 20. Nov. Disraeli konstatiert in einer Wahlrede die freundlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. Englands Interessen erheischen den europäischen Frieden; es werde stets hiesfür wirten und eine Intervention nur eintreten lassen, wenn es durchaus notwendig sei.

London, 20. Nov. Gestern wurden 34 Liberale und 26 Konervative gewählt, unter Letzteren auch Disraeli. Die Kandidatur Horsman's wurde zurückgezogen. Die bisherigen Wahlen ergeben 281 Liberale und 149 Konervative.

Neu-York, 20. Nov. (Kabeltelegramm.) Das amerikanische Geschwader hat Assumpcion erobert, um Lopez Genugthuung für die Verschimpfung der Unionsflagge abzufordern.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Nov. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 65 enthält (außer Personalnachrichten): Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des Großh. Justizministeriums: a) Die Leitung und Ueberwachung der Delinquenz und des Gewerbebetriebs der Strafanstalten betreffend. b) Das Dienstverkommen der Gerichtsnotare betreffend. c) Die Wiederbesetzung der Notariatsdistrikte Grenzach, Viebsolshem und Weisenheim an die Notare Michael Schmidt zu Schönau im Wiesenthal, Franz Kirchgessner in Forbach und Nikolaus Schäfer in Görwilt betreffend. 2) Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Innern: Die Wahl des Deputierten für die Diözese Wertheim betreffend. Von dieser Synode wurde der bisherige Dekan, Stadtpfarrer Müller in Wertheim, auf weitere sechs Jahre zum Dekan erwählt, und hat diese Wahl gemäß § 52 der Kirchenverfassung die Bestätigung des evangel. Oberkirchenraths erhalten. 3) Bekanntmachungen des Großh. Finanzministeriums: a) Den Anschließ preussischer und hamburgischer Kanbestheile an den Zollverein betreffend. b) Das Ergebnis der im Oktober d. J. stattgehabten Prüfung der Kameralakandidaten betreffend. 4) Bekanntmachung des Großh. Kriegsministeriums: Verordnung, das Heirathen der Militärpersonen betreffend.

Karlsruhe, 20. Nov. In neuerer Zeit mehren sich allenthalben die Klagen über die Höhe der Broddpreise. Man findet sie übermäßig im Verhältnis zu den herrschenden Frucht- und Weizenpreisen, und macht den Bäckern den Vorwurf, daß sie sich auf Kosten des Publikums bereichern, welches in der Befriedigung seines notwendigsten Lebensbedürfnisses auf sie angewiesen sei, und welchem die Konkurrenz nicht zu Hilfe komme, weil die Bäcker es vortheilhafter finden, unter hohen Preisen zu vereinbaren, die ihnen allen bezahlt werden müssen, als sich gegenseitig herabzulassen. Man bezeichnet es jetzt als einen Mißgriff, daß bei Einführung der Gewerbefreiheit die polizeilichen Brodtaxe, und damit das wirksamste Mittel, um das Publikum vor den Ueberschreitungen der Broddverkäufer zu schützen, überall aufgehoben worden sei, und verlangt deren Wiedereinführung, die ja auch in dem Gewerbegesetz wohlweislich vorbehalten worden. Daß nahezu im ganzen Lande die Broddpreise jetzt höher, an manchen Orten beträchtlich höher stehen, als der Fall sein würde, wenn sie nach den älteren Regulativen durch Polzeitalte bestimmt würden,

ist erst in jüngster Zeit in einem von sachkundiger Hand herführenden Aufsatz in Nr. 39 von Dr. Biffing's Centralblatt für Staats- und Gemeindefragen dargelegt worden.

Gleichwohl müßten wir in der Wiedereinführung der polizeilichen Brodtaxe eine eben so ungerechte als verfehlte Maßregel erblicken. Nur unter ganz außerordentlichen Umständen, wie sie aber demalen nirgends im Lande vorliegen, könnte zu diesem, mit unserem heutigen Erwerbs- und Verkehrsleben wie mit unseren geklärten Rechtsbegriffen selbst kontrastirenden Notmittel gegriffen werden. Glaube man doch ja nicht, daß unter der Herrschaft der polizeilichen Tare das Publikum zufriedener und wesentlich besser daran war, als heut zu Tage. Wie es heute über allzu hohe Preise und Gewinnsucht der Bäcker klagt, so beschwerte es sich damals über allzu hohe Taren, Gewinnsucht der Bäcker und schlechte Polizei. In der Wirklichkeit gab es damals für den Beamten, der es besten Willen keinem Theil recht machen konnte, keine schlimmeren Tage, als die der Tareregulierung. Einen festen Boden dafür hatte er nicht unter sich; die Erhebung der Durchschnittspreise von Frucht und Mehl waren so wenig zuverlässig, wie die Ergebnisse der sorgfältigsten Mehl- und Backproben, und die mannichfaltigen, man kann wohl sagen verzweiflungsvollen Versuche der Regierung, ein vollkommen zutreffendes und gerechtes Verfahren für die Taxierung zu erfinden, endeten zu guter Letzt — es war im Jahr 1855 — mit einer Verordnung, welche, beim Licht betrachtet, die ganze Aufgabe schließlich dem reinen Ermessen und Gefühl des Polizeibeamten überließ. Darnach sollte, um eine möglichst verlässige Grundlage für die Regulierung der Brodtaxe zu gewinnen, dafür Sorge getragen werden, daß auf den Märkten die Preise der Früchte und des Mehls jeweils genau konstatiert, sowie defalschliche Fälschungen mit Strenge geahndet werden; die Aemter sollten bei Bestimmung der Broddpreise die Ergebnisse bis dahin üblicher Grundlagen benützen, sich dabei aber des Beiraths sachverständiger Vertrauensmänner bedienen, die Preise der Früchte und des Mehls in den Nachbarbezirken mit den selbstgenommene Resultate vergleichen, zu verschiedenen Zeiten zuverlässige Wägungen der verschiedenen Fruchtgattungen und Qualitäten vornehmen lassen, den lokalen Verhältnissen Rechnung tragen und über die Ergebnisse jeweils die Vertreter der Bäcker vernehmen.

Was dabei herauskam, haben wir erlebt, aber zum großen Theil vergessen; bei Einführung des Gewerbegesetzes im Jahr 1862 war keine einzige Gemeinde im Lande, welche die höhere Genehmigung zur Beibehaltung der Tare nachsuchte.

Die Aufstellung einer polizeilichen Brodtaxe beruht auf der Fiktion, daß alle Bäcker eines Ortes oder Bezirkes aus gleicher Frucht gleiches Mehl und daraus mit gleicher Einrichtung gleiches Brod bereiten, daß sie die Frucht zu gleicher Zeit und den gleichen Preis einkaufen, daß alle Kunden an den Bäcker, an seine Waare und Verkaufswiese die gleichen Anforderungen stellen und daß sämtliche Bäcker ihren Kunden gegenüber sich gleichmäßig verhalten. Alle diese Voraussetzungen sind falsch, somit unzulässig. Wollte man aber — und das wäre wenigstens konsequent — dem Bäcker verbieten, statt Frucht vom nächsten Markt, Mehl vom Ausland zu beziehen, Vorräthe zu günstiger Zeit einzukaufen und zu gelegener Zeit zu verwenden, die Brodmischung und Brodbereitung nach dem besonderen Geschmack seiner Kunden und nach seiner Erfahrung einzurichten, Rabatt und Kredit zu bewilligen und für diese Vergünstigung wiederum sich selbst in der Abgabe minderwertiger Waare zu deden u. s. w., so würde man in die freie Bewegung des Gewerbmannes nicht allein, sondern auch in die vielgestaltigen Bedürfnisse des Publikums und in die ganze Freiheit des Verkehrs Eingriffe thun, die sich sofort als höchst nachtheilig, ja unerträglich erweisen würden.

Dazu kommt ein weiteres Moment, an welchem sich besonders klar zeigt, wie die Unterwerfung der Broddverkäufer unter eine Zwangstaxe geradezu ein Gewaltakt ist, zu welchem der Staat doch nur in den Ausnahmefällen eines Nothstandes greifen darf, und wie z. B. in den Zeiten der Zukunftverfassung zum Schutz gegen den Mißbrauch des Zunftmonopols greifen durfte. Die Brodtaxe will man so berechnen, daß dem Bäcker seine Ausgaben vergütet werden, und daß er außerdem einen Gewerbsgewinn bezieht, welcher ihm die Mittel für seine und seiner Familie Subsistenz und einstige Versorgung gewährleisten muß.

Dieser Gewerbsgewinn nun muß in einer Taxeregulativ natürlich irgendwie fixirt werden, wie dies auch in den früheren Regulativen geschehen ist, z. B. in jenem für Heidelberg auf 800 fl.

Wir fragen nun, wer kann es in einem nur halbwegs freiheitlich gestalteten Staate noch wagen, einem Geschäftsmann von Polizei wegen zu sagen: „so und so viel Hundert Gulden im Jahr darfst du mit deinem Gewerbe verdienen; was darüber ist, gehört dem Publikum?“ und wie will man es verantworten, der einen Klasse von Gewerbetreibenden gerade eine solche Schranke zu setzen, während alle anderen davon frei und in der Lage sind, jenen für eine Menge von ebenfalls recht dringenden Bedürfnissen ungehindert die höchst möglichen Preise zu machen? Dafür findet sich eine Rechtfertigung auch nicht einmal in dem Satze, daß das Brod eben nur einmal

das unentbehrlichste Bedürfnis des Publikums sei. Denn darin liegt nicht zugleich der Satz, auf den es allein hier ankommen könnte, daß nur der Bäcker Brod bereiten kann. Dieser Satz aber wäre nicht richtig; Jeder kann sich sein Brod selbst oder in Gemeinschaft mit Andern bereiten; bequemer nur und wirtschaftlich vortheilhafter ist es für Viele, ihr Brod, wie sie es eben brauchen, fertig zu kaufen. Für die Erlangung dieser Bequemlichkeit und dieses Vortheils haben sie sich mit Denjenigen, welche ihnen dieselben gewähren wollen, selbst abzufinden; daß die Polizei sich ins Mittel lege und mit Zwang dem Bäcker vorschreibe, um welchen Preis er dem Konsumenten zu dessen Nutzen und Annehmlichkeit dienbar sein und mancherlei Risiko übernehmen müsse, dazu ist hiernach ein zureichender Grund gar nicht vorhanden.

Was die Verabredungen der Bäcker über gemeinschaftliche Preise betrifft, so ist nicht zu läugnen, daß solche stattfinden und dem Publikum nicht zum Vortheil gereichen.

Ähnliche Vereinbarungen werden aber auch von anderen Gewerbetreibenden getroffen. Sie erscheinen an sich nicht unzulässig; Verbote dagegen würden gar nicht durchgeführt werden können. Bis zu übermäßigen Preisen wagt aber auch die engstgeschlossene Genossenschaft aus mehr als einem Grunde nicht sich zu versteigen. Von dem Augenblick an, wo der Preis höher stünde, als der Vortheil werth ist, der im Ankauf fertigen Brodes liegt, würde der Konsument auf diesen Vortheil verzichten und sich auf andere Weise zu behelfen suchen.

Immerhin sind die Vereinbarungen der Bäcker Genossenschaften für das Publikum lehrreiche Beispiele, selbst auch mehr auf seinen Vortheil bedacht zu sein und sich zu Gegenverbindungen zusammenzuschließen. So lange dies nicht geschieht und so lange nicht größere Etablissements für Brodbereitung entstehen, welche bei der Erleichterung des Verkehrs und den vervollkommeneten Einrichtungen in diesem Geschäftszweig einen weit größeren Nutzen abwerfen, als ihn die Kleinhänderei erzielen können, muß angenommen werden, daß die Preise des Brodes verhältnismäßig nicht höher gestiegen sind, als die Preise aller anderen Dinge und Leistungen im freien Erwerbseben überhaupt sich gestaltet haben.

Unter diesen Verhältnissen kann wohl demalen und bei dem gänzlichen Mangel eines Anlasses zu Ausnahmsmaßregeln von Seiten der Großh. Regierung die Genehmigung zur Wiedereinführung der polizeilichen Brodtaxe nicht erteilt werden.

Einer andern, nicht minder lebhaften Klage aber, nämlich der, daß manche Broddverkäufer ihre Abnehmer im Gewicht verfürzen, kann durch Einführung von orts- oder bezirkspolizeilichen Vorschriften begegnet werden, welche den genannten Gewerbetreibenden unbedingt aufgeben, ihre Broddpreise nach dem Pfund periodenweise zu bestimmen und bekannt zu machen, das Brod den Käufern auch ohne deren ausdrückliches Verlangen vorzuwiegen und zu diesem Behuf in den Verkaufsorten ordnungsmäßig justirte Waagen und Gewichte zu halten. Die Käufer hätten dann stets und namentlich auch dann, wenn sie Brod in ganzen Laiben nehmen, nur das durch das Abwiegen festgestellte wirkliche Gewicht zu bezahlen und für jeden Mangel an dem angeblichen Gewicht eines Laibes entweder den entsprechenden Gelddruck nach dem Pfundpreise zu machen oder sich das Fehlende im Stück zugeben zu lassen. Wir wissen aus dem Munde reeller Geschäftsleute, daß sie sich den damit verbundenen Unbequemlichkeiten gerne unterziehen werden. Für den Amtsbezirk Billingen wurde zur Einführung einer solchen Vorschrift auf den Antrag des Bezirksraths die höhere Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 19. Nov. In der „Darmst. Ztg.“ erklärt Hr. v. Dalwitz wiederholt, er habe dem russischen Kaiser gegenüber die unerträglichste Treue Livlands betont und nie behauptet, das jüngere Geschlecht der Livländer steuere Preußen zu. Bei der 10 Minuten langen Audienz sei Niemand zugegen gewesen.

Wiesbaden, 18. Nov. Der Kommunalparlament tag heute (wie bereits telegraphisch berichtet) die Anträge des Abg. Grimm an, die Verpflichtung der Staatsdomänen zur Zahlung von Gemeindesteuern zu reklamieren und die Abschaffung der Lebenslänglichkeits der Bürgermeister zu beantragen; befehlen den Antrag des Abg. Schweighöfer, die Regierung um Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden in der neuen Kreis- und Gemeindeordnung, sowie um Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung bei Gemeindevahlen zu erlauben. Der Antrag des Abg. Long in Betreff des Gemeinberechnungswesens wurde an den Ausschuss zurückgewiesen. Abg. Will brachte einen Antrag wegen Ermäßigung der hohen Gerichtskosten ein. Ein Schreiben des Landtagskommissärs theilte im Auftrag des Ministers des Innern mit, daß das kommunalständische Verwaltungsgesetz nur dann dem König zur Sanktion vorgelegt würde, wenn das Königl. Bestätigungsrecht des Landesdirektors und die Vertretung der verschiedenen Stände im Verwaltungsausschusse wieder hergestellt werden.

Kassel, 17. Nov. Das vom Kommunalparlament heute beschlossene Regulativ für die Organisation der Verwaltung des kommunalständischen Vermögens und der kommunalständischen

Anstalten im Regierungsbezirk Kassel hat nach der „Kassel. Ztg.“ die Genehmigung des Königs erhalten.
Koburg, 18. Nov. (Fr. Z.) Die Wahlen für den neuen Landtag hier haben ihren Anfang genommen; voraussichtlich wird die neue Landesvertretung in ihrer Zusammensetzung kaum sehr abweichen von dem letzten Landtag.
Neu-Strelitz, 18. Nov. Der „Offizielle Anzeiger“ enthält das Großh. Reskript, in welchem auf Antrag der Stände die provisorische Verordnung vom 16. Dez. 1848 zurückgenommen und die Kompetenz der Landesregierung und des Konstituenten neu geregelt wird.
Malchin, 18. Nov. Das bereits signalisirte Großh. Reskript, betr. das Landeschulwesen im Ritterschaftlichen, hebt hervor, daß die vorjährigen Landtags-Beschlüsse bedauerlicher Weise die wünschenswerthe Regelung dieser Angelegenheit nicht herbeigeführt hätten, auch die Vorschläge des Reskriptes vom 11. Nov. v. J. wegen Sicherung der Stellung der Lehrer, abgelehnt worden seien. Die von den Ständen offerirten 4000 Thlr. für eine Lehrer-Bildungsanstalt in Lübbin werde die Regierung jetzt, um baldige Abhilfe zu schaffen, annehmen, wenn sonstige Verständigung erzielt und die Bewilligung auf zehn Jahre ausgedehnt werde.
Berlin, 19. Nov. Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 19. November.
Der Abg. A. H. Mann legt sein Mandat nieder. Abg. Ebert beantragt die Verweisung politischer und Pressvergehen an die Schwurgerichte; sein Antrag geht an die Justizkommission. Die Abgg. Berger und Harfort beantragen die Revision des Eisenbahn-Gesetzes von 1838; der Antrag geht an die Handelskommission. Richter beantragt, das Verbot der Wiedertraung geschiedener Ehegatten aufzuheben; der Antrag wird zur Schlussberatung gestellt.
v. d. Heydt überreicht 1) einen Entwurf wegen Aufhebung der Demingantenanteile von 1869 ab (leibhaftig Beifall); der Antrag wird zur Schlussberatung gestellt; 2) einen Entwurf wegen Erneuerung des noch nicht benutzten Militärkredits von 5 Millionen Thalern, welcher an die Budgetkommission geht.
Es folgt die Fortsetzung der Budgetberatung; 1) Öffentliche Schuld. Regierungskommissär Meinede erläutert den Etat und beantragt Genehmigung der Positionen. Abg. Grumbrecht rühmt die Finanzlage; die Schuldenlast Preußens sei verhältnismäßig gering. Abg. Hagen (Gbelitz) bekämpft den Vorredner, die wachsende Schuldenlast müsse die Finanzlage erschüttern. Abg. Kardorff und v. d. Heydt replizieren auf Hagen's Rede. Abg. Haenel verteidigt seinen Antrag zur Geltendmachung des Lauenburger Anteils der Staatsschuld der Elberzogthümer an Dänemark.
Damit schließt die allgemeine Debatte über Staatsschulden. Bei der Spezialdebatte wird der Antrag Haenel mit einem Amendement von Lauenstein, welches unverzügliche Erledigung der Angelegenheit will, gestellt. Sämmtliche Etatspositionen bis auf zwei Abstimmungen werden genehmigt; letztere betreffen nach Antrag des Abg. Lessie: Streichung von 200 Thlr. Gehaltssteigerung einer Rathsflelle; nach Antrag des Abg. Weber (Erfurt): Streichung von 300 Thlr. für ein drittes Mitglied der Staatsschuldenverwaltung.
Der Minister Graf Henckell legt einen Staatsvertrag mit Hessen vor wegen Erbauung einer Bahn von Hanau nach Offenbach mit Ueberbrückung des Mains und einen Entwurf wegen Ankaufs der Bahnstrecke Frankfurt-Offenbach. Beides geht an die vereinte Finanz- und Handelskommission.
Es folgt der Etat der Finanzverwaltung; der Regierungskommissär Meinede leitet die allgemeine Besprechung durch Erläuterungen ein. Bei der Verzinsung und Tilgung der Schulden Frankfurt betreffende Position stellt die Kommission des Hauses den Antrag, vom Betrag der Amortisation 102,000 Thlr. weniger, mithin statt 580,100 Thlr. nur 477,343 Thlr. zu bewilligen.
Abg. Ebert erklärt sich dagegen, weil der Antrag von einer falschen Auffassung ausgehe, daß die Gläubiger Frankfurts nicht das Recht besäßen, die Amortisation zu fordern. Preußen sei zur Amortisation verpflichtet, da es von Frankfurt Steuern beziehe. Man dürfe sich den Staatsgläubigern gegenüber seiner Wortfäulereien bedienen, an die bei Abschluß des Geschäftes, das „unter redlichen Leuten“ geschlossen, nicht gedacht worden. Regierungskommissär Meinede erwidert: Es empfehle sich, die Tilgung der Schulden Frankfurts so lange auszu- setzen, bis die Auseinandersetzung erfolgt sei.
Abg. Birchow: Der Antrag der Kommission bezwecke lediglich, die Auseinandersetzung zu beschleunigen. Wenn die Regierung wirklich jetzt schon die Tilgung vornehme, würde er für die Summe stimmen; aber Angesichts des Defizits sei es nicht ratsam, die Summe zu bewilligen, die augenblicklich nicht zur Verwendung komme.
Abg. Twesten: Eine rechtliche Verpflichtung gegen die Gläubiger erziele nicht.
Abg. Rugler: Nach moralischen Grundsätzen sei Preußen verpflichtet, die Verbindlichkeiten zu erfüllen, welche die Gläubiger der früheren Republik Frankfurt zu erwarten hätten. Die Gläubiger könnten nicht darunter leiden, daß die Auseinandersetzung noch nicht stattgefunden. Die Gläubiger seien größtentheils milde Stiftungen, Pupillen und Diensthoten. Werde die Amortisation verzögert, so würden die Obligationen sinken und das Vermögen jener Bedürftigen geschädigt werden. Der Finanzminister bemerkt: Die Staatsregierung sei noch nicht zur Amortisation berechtigt gewesen, da die Staatsschuld noch nicht definitiv übernommen gewesen sei. Erst müsse die Auseinandersetzung erfolgen.
Der Antrag der Kommission wird fast einstimmig abgelehnt und die ganze zur Amortisation nötige Summe bewilligt. — Nächste Sitzung Dienstag.
Berlin, 19. Nov. Ihre Maj. die Kaiserin von Rußland ist heute Morgen mit der Großfürstin Marie, sowie den Großfürsten Sergei und Paul von hier nach Petersburg weiter gereist. Zur Abschiedsbegrüßung der erlauchtesten Gäste waren Se. Maj. der König, und die königl. Prinzen auf dem Dönhofsplatz anwesend. — Der König arbeitete heute Vormittag längere Zeit mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Generaladjutanten v. Trestow. Darauf nahm Höchstselbe den Vortrag des Zivilkabinetts entgegen. Wie verlautet, wird Se. Maj. am 29. November zu einer Jagd nach Wernigerode begeben. — Gestern ist der französische Botschafter am hiesigen Hof, Hr. Benedetti, aus Paris in Berlin wieder eingetroffen. Der preussische Gesandte am

italienischen Hof, Graf v. Ushedom, wird nächster Tage die Rückreise auf seinen Posten nach Florenz antreten.
Vom Zentrallureau des Zollvereins ist eine, die ersten Semester der Jahre 1867 und 1868 umfassende Vergleichung der gemeinschaftlichen Einnahme aus den Eingangs- und Ausgangsabgaben aufgestellt. Danach belief sich im ersten Semester d. J. diese Einnahme auf 13 Millionen 192,972 Thaler gegen 11 Millionen 62,638 Thaler in dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Mithin ergab sich pro 1868 ein Mehrbetrag von 2 Mill. 130,334 Thlrn. Dabei ist jedoch in erster Linie zu berücksichtigen, daß um die angegebene Zeit des vorigen Jahres Schleswig-Holstein und Lauenburg noch nicht zum Zollverein gehörten, während diese Länder für das erste Semester d. J. mit einer Einnahme von bezw. 749,411 und 16,491 Thlrn. verzeichnet sind. Sodann kommt in Betracht, daß die Einnahmen pro 1868 eine ganz außergewöhnliche hohe Summe von importirtem Salz und von unbeeideten Tabakblätterchen enthalten. Bringt man diese außerordentlichen Posten in Abzug, so stellt sich für das erste Semester des Jahres 1868 ein regelmäßiger Mehrbetrag von etwa 400,000 Thlrn. heraus. Unter den Gegenständen, welche in diesem Jahr eine Mehreinfluß aufweisen, nimmt Kobzucker für vereinsländische Siedereien die erste Stelle ein. Dagegen zeigte sich in den ersten fünf Monaten d. J. eine ansehnliche Verminderung der Einfuhr von Wein in Fässern. Der Erklärungsgrund hierfür lag in der bedeutenden Tarifherabsetzung, welche zum 1. Juni für diesen Artikel in Aussicht stand.
Oesterreichische Monarchie.
Wien, 18. Nov. Es laufen in neuester Zeit über ein aktives Eingreifen Oesterreichs in die Lösung der römischen Frage die verschiedensten Versionen um. Die Einen behaupten im Einzelnen, es werde der österreichische Einfluß sich geltend machen, um vor allen Dingen die Zurückziehung der französischen Okkupationsstruppen zu erwirken, während die kirchlichen Organe wenigstens im Allgemeinen der Vermuthung Raum geben zu dürfen glauben, Oesterreich sei in Folge seiner „jetzigen innigen Beziehungen“ zu der italienischen Regierung den Pakt vollständig Preis zu geben geneigt. Ich glaube, man wird das Richtige treffen, wenn man annimmt, daß Oesterreich, gleichviel welcher Grad von Intimität seiner Beziehungen zu Italien zuzusprechen, an dem Grundsatz festhält, sich jeder wie immer gearteten Einmischung in die Verhältnisse der Halbinsel zu enthalten, daß es von diesem Grundsatz weder zu Gunsten noch zu Ungunsten des einen oder des andern unmittelbar Beteiligten abzuweichen entschlossen ist, und daß diese sämmtlichen Beteiligten davon vollständig unterrichtet sind.
Ugram, 18. Nov. Das königl. Reskript bezüglich Finances wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Morgen findet die Wahl zur Delegation statt.
Rumänien.
Bukarest, 18. Nov. Eine Privatdepeche von Giurgewo meldet, daß Fürst Karl von Rumänien an Bord des rumänischen Dampfes „Karl“ einen Besuch des türkischen Gouverneurs erhalten habe. Der Fürst habe hierauf dem Gouverneur einen Gegenbesuch in Rußschuck gemacht. Während der Unterhaltung seien die bulgarischen Angelegenheiten erwähnt und beiderseitig die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen versichert worden.
Italien.
Florenz, 19. Nov. Garibaldi hat an das spanische Volk eine Adresse gerichtet, in welcher er zur Annahme der Föderativrepublik rath. — Gestern wurden in Italien 52,000 Obligationen der neuen neapolitanischen Anleihe gezeichnet. — Die Börse ist stationär.
Neapel, 18. Nov. Seit zwei Tagen ist der Vesuv in einem heftigen Ausbruch begriffen. Am Fuß des großen Kegels öffneten sich neue Riegel, welche Lavaströme in der Richtung des Lavagusses von 1856 ergießen. Das Maximum der Lavageschwindigkeit ist 180 Meter in der Minute. Die Lava überströmt bekanntes Land und wird bald das Meer erreichen. Mehrere Dörfer droht Zerstörung.
Frankreich.
Paris, 19. Nov. Der „Constitutionnel“ enthält folgendes Dekret von Hrn. Rouher gezeichnete und vom 16. Nov. datirte Dekret:
Art. 1. Die zwei offiziellen Organe der Regierung werden vom 1. Jan. 1869 an unter folgenden Titeln erscheinen: „Moniteur officiel de l'Empire français, édition du matin“ und „Moniteur officiel de l'Empire français, édition du soir“. Das Wappen des Reichs wird am Kopfe jedes der beiden Blätter abgedruckt. Art. 2. Das gegenwärtige Dekret wird Hrn. Wittersheim notifizirt.
Die „Gaz. des Trib.“ meldet, daß der Zustand des Hrn. Berxer sich gebessert hat. Gestern um 4 Uhr hat er Paris verlassen, um sich nach seinem Gut in Angerville zu begeben. — Dem „Gaulois“ zufolge ist der Großfürst Nikolai von Rußland in Paris angekommen, wo er den Winter über verweilen will.
Zur Vaudin-Angelegenheit schreibt der „Temps“: „Das „Journ. de Paris“ hat gestern, wie dasselbe angelaudit hatte, eine Subskriptionsliste veröffentlicht. Es ist um 1 Uhr mit Beschlag belegt worden. Der „Phare de la Loire“ ist gestern säkirt worden. Er hatte zuvor einen Wink erhalten, glaube aber auf dem betretenen Weg nicht stehen bleiben zu müssen; er wird deshalb nunmehr gerichtlich verfolgt. Ferner sind konfisziert worden: der „Progres du Nord“, der „Ouest“ in Angers, der „Independant du Centre“. Der „Progres liberal“ von Toulouse hatte vom Kaiserl. Profurat ein Schreiben erhalten, worin dieser ihm angezeigt, daß er, in Folge ihm vom Großsegelebewahrer und vom Generalprocurator zugegangenen Weisungen genöthigt sei, die Zeitungen zu verfolgen, die noch fernerhin Subskriptionslisten bringen würden. Er antwortete, daß er ein Recht zu verteidigen habe, indem er die Subskription Vaudin eröffnete, und daß er

dies Recht auch verteidigen werde, indem er die Subskription fortsetze. Seine Beschlagnahme ist hierauf erfolgt. Der „Suffrage universel“ hat ebenfalls eine vorausgehende Warnung erhalten. Er sollte eine dritte Liste veröffentlichen und hat diese Publikation unterbrochen, jedoch erklärt, daß er die dabei Interessirten zu Rathe ziehen werde, um zu wissen, ob er für eine nicht erledigte Prinzipfrage nicht dennoch vorangehen solle. Der „Contribution“ von Rochefort, der „Liberal bayonnais“ und der „Independant“ der Mosel melden, daß sie auf Grund der erhaltenen officiösen Warnung von Seiten der Justiz die Publikation ihrer Listen unterbrechen. — Rente 71.55, Cred. mob. 291.25, ital. Anl. 56.75.
Spanien.
In Madrid verbreitet man gegenwärtig eine große Anzahl des folgenden Aufrufes für Prim:
Spanier! Konstituiren wir sofort durch Volksabstimmung eine Regierung, da nur dadurch ein unvermeidlicher und bedauerlicher Staatsstreich vermieden werden kann. Um den Thron wieder zu besetzen, laßt uns Don Juan zum Kaiser wählen. Es lebe Juan I. Kaiser!
Madrid, 17. Nov. Nachrichten zufolge, welche der „Patrie“ zugehen, soll das Armeereformprojekt des Marschalls Prim folgende Punkte enthalten: 1) Modifikation des Rahmens der Generalität, der von jetzt an fest abgegrenzt werden würde, wie in Frankreich. Namentlich soll in Zukunft die Altersgrenze, die bisher nur fakultativ war, absolut in Anwendung gebracht werden. 2) Analoge Reformen sollen auf die Offiziere aller Grade der Armee angewendet werden. Ein Fünftheil der Offizierstellen bleibt den Unteroffizieren vorbehalten; überdies wird für letztere, sowie für die Korporale und Soldaten eine Militärmedaille gegründet, mit der eine Pension verbunden ist. 3) Das Projekt weist auf die Nothwendigkeit hin, eine Armeereserve für die Armeeverwaltung und eine Reserve einzuführen, ähnlich der deutschen Landwehr oder der französischen Mobilgarde. Dieser Vorschlag einer stehend organisirten Reserve bildet den Ausgangspunkt für den Vorschlag einer Reduktion der regulären Armee um ein Drittel aus staatsökonomischen Rücksichten. Dies wäre in den Hauptzügen das Programm des Marschalls Prim.
Großbritannien.
London, 18. Nov. Das Wahlgeschäft wickelt sich im Ganzen ruhig ab. Nur hier und da kam es bis jetzt zu tumultuarischen Szenen. So berichtet der Telegraph von Ruhestörungen in Bristol, wo ein Hause Gefindel mit den Farben der Liberalen die konservativen Wahlkomitee-Quartiere stürmte und demolirte, mehrere Wirthshäuser plünderte, und viele Personen leicht, zwei indessen schwer verletzete. Der Schaden wird auf 10,000 Pf. St. veranschlagt. Ein Telegramm aus Belfast berichtet von ähnlichen Szenen, die indessen nicht so große Dimensionen annahmen, und auch in Bolton griff die irische Bevölkerung zu dem heimatlichen Knotenstock und ließ nicht eher ab von dem graufamen Spiel, bis der Mayor die Aufrehrte verlas und Militär anrückte.
London, 19. Nov. Das Resultat der Wahlen ist die Wahl von 247 Liberalen und 129 Konservativen. Für die alten Sitze wurden 37 Liberale und 26 Konservative, für die neuen 22 Liberale und 5 Konservative gewonnen. — Die Firma Baring verschifft eine Million Pf. St. in Gold mit dem Dampfer „Berlin“ nach Hamburg für Rußland. Der Dampfer führte außerdem 15,000 Pf. St. in Silber, welches für Hamburg bestimmt ist.
Amerika.
Neu-York, 17. Nov. Hr. Romero wird nach Washington als mexikanischer Gesandter zurückkehren. Hr. Balacio ist zum Finanzminister in Mexiko ernannt worden.
Neu-York, 18. Nov. (Kabeldepeche.) Colfax hat in Pittsburg eine Rede gehalten, worin er erklärte, daß die Politik der neuen Verwaltung Allen Freiheit, Gerechtigkeit und Schutz gewähren werde. — Es wird gemeldet, daß eine Anzahl hervorragender Demokraten und Republikaner Johnson bringend ersucht haben, Mac Cullough seines Postens zu entheben. — Aus Cuba wird berichtet, daß die Stadt Puerto-Principe sich gegen Versundi erhoben habe.
Neu-York, 19. Nov. Die Regierung von Arkansas sandte eine Milizabtheilung gegen eine Bande vom K. Klux-Clan aus; bei dem Zusammentreffen wurden 9 Mann derselben getödtet, und Viele verwundet und gefangen.
Baden.
Karlsruhe, 20. Nov. Von dem Hrn. Grafen Heinrich v. Kageneck auf die Kaplanei Muzingen, Dekanats Bresach, pensionirten bisherigen Pfarrverweser Ignaz Kuy von Oberlauringen wurde am 8. Oktober d. J. die kirchliche Einsetzung erteilt.
Karlsruhe, 20. Nov. Vortliegende Mittheilungen melden, daß nun auch auf der Brennerbahn die eingetretene Betriebsstörung vollständig gehoben sind. Die Strecke Bogen-Berona ist wieder dem Personen- und Güterverkehr geöffnet.
Freiburg, 18. Nov. (Fr. Z.) Künftigen Freitag findet zum Gedächtniß des hundertjährigen Geburtstages Friedrich Schleiermachers im Harmonieaal eine Feier statt, zu welcher dessen Verehrer und alle, die sich für das Leben und Wirken des Genannten interessieren, eingeladen sind.
Aus dem Kreis Waldshut, 17. Nov. (Konst. Ztg.) Nach einem Bericht an die am 23. d. M. zusammentretende Kreisversammlung hat der Kreisaußschuß mirthlich zur Errichtung einer Waisenanstalt für Knaben das ehemalige Kapuzinerkloster in St. Blasien um den Preis von 3000 fl. und etwa 11 dabei liegende Morgen Ackerland um den Preis von 6000 fl. angekauft. Es wird hier gleichfalls wie in Hegne das Familienheim eingeführt werden, wie denn überhaupt die Einrichtung von Hegne, welche sich so trefflich bewährt, vollständig als Vorbild dienen wird für die Anstalt unseres Kreises.
Xthiengen, 19. Nov. In Oberlauringen, hiesigiger Amtsgerichts, hat sich vorgestern ein großer Unglücksfall ereignet. Der dortige, sehr vermögliche Bürger und Landwirth Jakob

